



Der Präsident  
des Nationalrates

Wien, 2. Juli 2025  
GZ: 11020.0040/12-1.1/2025

## ANFRAGEBEANTWORTUNG

Die Abgeordneten Herbert Kickl, Kolleginnen und Kollegen haben an den Präsidenten des Nationalrates die schriftliche Anfrage 12/JPR betreffend Stärkung der direkten Demokratie durch Beteiligung an Volksbegehren, Petitionen, Bürgerinitiativen und Stellungnahmerecht gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Einleitend lassen Sie mich festhalten, dass der Nationalrat mit einer EntschlieÙung am 16.5.2017 (200/E, XXV. GP) die Grundlage für eine Teilnahmemöglichkeit aller Bürgerinnen und Bürger sowie Institutionen und Einrichtungen am sog. vorparlamentarischen Begutachtungsprozess eines Gesetzesvorhabens geschaffen hat. Mit dem am 1.8.2021 in Kraft getretenen § 23b GOG-NR wurde die gesetzliche Grundlage für die Abgabe bzw. Veröffentlichung von Stellungnahmen im parlamentarischen Begutachtungsverfahren sowie zu Petitionen und Bürgerinitiativen geschaffen (BGBl. I Nr. 63/2021); ergänzend wurde die Veröffentlichung von Stellungnahmen im vorparlamentarischen Begutachtungsverfahren (§ 23b Abs. 3 GOG-NR) mit BGBl. I Nr. 81/2024 normiert.

Sämtliche veröffentlichte Stellungnahmen sind auf der Website des Parlaments abrufbar.

Zu Frage 1 und 1a:

Im Zeitraum 2019 bis 2023 langten 36 Volksbegehren im Nationalrat zur Behandlung ein.

Davon bezogen sich 11 Volksbegehren direkt auf COVID-19-Maßnahmen oder die Einschränkung von Grundrechten.<sup>1</sup>

Jahr	Anzahl der im Nationalrat eingelangten Volksbegehren	davon Volksbegehren mit direktem Bezug auf COVID-19-Maßnahmen oder die Einschränkung von Grundrechten
2019	0	-
2020	4	-
2021	5	773 d.B.: „FÜR IMPF-FREIHEIT“, 1179 d.B.: „Impfpflicht: Striktes NEIN“
2022	14	1627 d.B.: „NEIN zur Impfpflicht“, 1629 d.B.: „Impfpflichtabstimmung: NEIN respektieren!“, 1630 d.B.: „Mental Health Jugendvolksbegehren“, 1660 d.B.: „KEINE IMPFPFLICHT“, 1661 d.B.: „RÜCKTRITT BUNDESREGIERUNG“, 1798 d.B.: „Wiedergutmachung der COVID-19-Massnahmen“, 1799 d.B.: "COVID-Maßnahmen abschaffen"
2023	13	2074 d.B.: „ECHTE Demokratie – Volksbegehren“, 2079 d.B.: „NEHAMMER MUSS WEG“

---

<sup>1</sup> Bei der Beurteilung, ob sich Volksbegehren direkt auf die Einschränkung von Grundrechten beziehen, wurde der Fokus auf Grundrechtseinschränkungen im Zusammenhang mit COVID-19-Maßnahmen gelegt.

- 4 -

Zu Frage 2:

Gesetzgebungsperiode	Volksbegehren mit den meisten Stellungnahmen	Anzahl der Stellungnahmen <sup>2</sup>
XXVII.	1179 d.B.	4.703
XXVII.	1465 d.B.	1.465
XXVII.	1798 d.B.	301
XXVII.	773 d.B.	109
XXVII.	1794 d.B.	57
XXVII.	1795 d.B.	32
XXVII.	1628 d.B.	14
XXVII.	1799 d.B.	13
XXVII.	1661 d.B.	12
XXVII.	2076 d.B.	10

Zu Frage 3:

Diesbezüglich liegen mir keine Daten vor.

Zu Frage 4 und 4a:

Im Zeitraum 2019 bis 2023 langten 151 Petitionen im Nationalrat zur Behandlung ein. Davon bezogen sich 9 Petitionen direkt auf COVID-19-Maßnahmen oder auf die Einschränkung von Grundrechten.<sup>3</sup>

---

<sup>2</sup> Sämtliche in dieser Anfragebeantwortung angeführten Zahlen zu Stellungnahmen beziehen sich auf Stellungnahmen, die mit Stichtag 1.7.2025 auf der Parlamentswebsite abrufbar waren. Diese Zahlen können sich aufgrund der Zurückziehung von Stellungnahmen durch die jeweils stellungnehmende Person ändern.

<sup>3</sup> Bei der Beurteilung, ob sich Petitionen direkt auf die Einschränkung von Grundrechten beziehen, wurde der Fokus auf Grundrechtseinschränkungen im Zusammenhang mit COVID-19-Maßnahmen gelegt.

<b>Jahr</b>	<b>Anzahl eingebrachter Petitionen</b>	<b>davon Petitionen mit direktem Bezug auf COVID-19-Maßnahmen oder die Einschränkung von Grundrechten</b>
2019	18	-
2020	47	NR.14: "Corona-Sonderprämie für besonders belastete Berufsgruppen!", NR.15: "Die Corona-Krise darf nicht auf Kosten von Frauen gehen", NR.16: "Globaler Zugang für durch öffentliche Forschungsgelder finanzierte Medikamente, Impfungen und Diagnostik zur Bekämpfung von COVID-19", NR.31: "Corona-Generalamnestie"
2021	30	NR.52: "Nein zum Testzwang für Kinder", NR.73: "Corona-Pflegebonus für alle Held*innen der Krise! Beim Virus die Ersten, beim Bonus die Letzten."
2022	21	NR.83: "Berufsbedingte Covid-19 Erkrankungen ohne Ausnahme als Berufskrankheit anerkennen!", NR.90: "Mental Health Now – stärkt unsere Jugend!", NR.99: „Gesetzesvorschlags gegen die Diskriminierung auf Grund des Impfstatus gegen COVID-19“
2023	35	-

Zu Frage 2 (Anm.: zweite als Frage „2.“ bezifferte Frage):

Gesetzgebungsperiode	Petitionen mit den meisten Stellungnahmen	Anzahl der Stellungnahmen
XXVII.	Nr. 111	1.084
XXVII.	Nr. 117	415
XXVII.	Nr. 99	273
XXVII.	Nr. 140	247
XXVII.	Nr. 80	102
XXVII.	Nr. 137	82
XXVII.	Nr. 79	53
XXVII.	Nr. 87	48
XXVII.	Nr. 123	40
XXVII.	Nr. 57	30

Zu Frage 3 (Anm.: zweite als Frage „3.“ bezifferte Frage):

Diesbezüglich liegen mir keine Daten vor.

Zu Frage 5 und 5a:

Im Zeitraum 2019 bis 2023 langten 74 Bürgerinitiativen im Nationalrat zur Behandlung ein (davon wurden 17 Bürgerinitiativen in der XXVI. GP nicht erledigt und galten daher gemäß Art. 28 Abs. 4 B-VG iVm § 21 Abs. 1a GOG-NR auch als

Verhandlungsgegenstände in der XXVII. GP). 7 Bürgerinitiativen bezogen sich direkt auf COVID-19-Maßnahmen oder die Einschränkung von Grundrechten.<sup>4</sup>

---

<sup>4</sup> Bei der Beurteilung, ob sich Bürgerinitiativen direkt auf die Einschränkung von Grundrechten beziehen, wurde der Fokus auf Grundrechtseinschränkungen im Zusammenhang mit COVID-19-Maßnahmen gelegt.

Jahr	Anzahl eingebrachter Bürgerinitiativen	davon Bürgerinitiativen mit direktem Bezug auf COVID-19-Maßnahmen oder die Einschränkung von Grundrechten
2019	30	-
2020	13	NR.29: "Freiwilligkeit von Schutzimpfungen in der österreichischen Verfassung verankern"
2021	6	NR.36: "s'Vorderland für Impf-Freiheit", NR.38: "Forderung einer schnellstmöglichen nationalen Zulassung und sofortigen Empfehlung des Medikaments Ivermectin in Österreich zur Vorbeugung oder Behandlung von COVID-19", NR.39: "Möglichkeit zur Abmeldung (Opt-out) vom elektronischen Impfpass"
2022	14	NR.40: "Aussetzung der Erhöhung der Kategorie- und Richtwertmieten im Jahr 2022", NR.44: "Sofortige Beendigung aller staatlich angeordneten COVID-19- Maßnahmen! Aufhebung sämtlicher Rechtsnormen, die anlässlich COVID-19 beschlossen wurden. Verbot aller gentechnisch erzeugten Impfstoffe.", NR.45: "Kinder in der Schule – Herbst 22: unabhängig vom SARS-CoV-2- Infektionsgeschehen normaler Betrieb in Kindergarten & Schule"
2023	11	-

- 8 -

Zu Frage 6:

<b>Gesetzgebungsperiode</b>	<b>Bürgerinitiativen mit den meisten Stellungnahmen</b>	<b>Anzahl der Stellungnahmen</b>
XXVII.	Nr. 44	1.994
XXVII.	Nr. 39	1.982
XXVII.	Nr. 71	289
XXVII.	Nr. 38	235
XXVII.	Nr. 45	123
XXVII.	Nr. 51	94
XXVII.	Nr. 42	65
XXVII.	Nr. 69	59
XXVII.	Nr. 46	56
XXVII.	Nr. 59	49

Zu Frage 7:

Diesbezüglich liegen mir keine Daten vor.

Zu Frage 8:

Im Zeitraum 2019 bis 2023 langten im Rahmen des vorparlamentarischen Begutachtungsverfahrens 234.521 Stellungnahmen von Privatpersonen und Institutionen ein.

<b>Jahr</b>	<b>Anzahl der Stellungnahmen (Privatpersonen und Institutionen)</b>
2019	1.779
2020	16.832
2021	137.592
2022	49.240
2023	29.078

Zu Frage 8a:

Da bislang keine strukturierte inhaltliche Auswertung von Stellungnahmen in Begutachtungsverfahren erfolgt, liegen mir diesbezüglich keine konkreten Zahlen vor. Die fünf Ministerialentwürfe mit den meisten Stellungnahmen hatten jedoch alle einen inhaltlichen Bezug zum COVID-19-Maßnahmengesetz, Impfpflichtgesetz oder Bundes-Krisensicherheitsgesetz (siehe 164/ME, 98/ME, 245/ME, 122/ME, 88/ME; jeweils XXVII. GP). Zu diesen fünf Ministerialentwürfen langten insgesamt 191.420 Stellungnahmen ein.

Zu Frage 8b:

Sobald ein Ministerialentwurf auf der Website des Parlaments veröffentlicht ist, kann dazu eine Stellungnahme abgegeben werden. Die Veröffentlichung des Ministerialentwurfs wird nach dessen Einlangen in der Kanzlei des Nationalrates umgehend vorgenommen; langt ein Ministerialentwurf außerhalb der Kanzleizeiten ein, erfolgt die Veröffentlichung i.d.R. unmittelbar am nächsten Arbeitstag. Diese Vorgehensweise wurde in den Jahren 2019 bis 2023 eingehalten und die Abgabe von Stellungnahmen war daher jeweils zum ehestmöglichen Zeitpunkt nach Einlangen in der Kanzlei des Nationalrates und Veröffentlichung auf der Parlamentswebsite möglich.

Für die in der Beantwortung zur Frage 8a genannten Ministerialentwürfe war der jeweilige Zeitpunkt, ab dem eine Stellungnahme möglich war, wie folgt:

88/ME: 01.01.2021 08:59 Uhr

98/ME: 03.03.2021, 15:46 Uhr

122/ME: 14.05.2021 08:02 Uhr

164/ME: 09.12.2021, 21:59 Uhr

245/ME: 19.01.2023, 12:16 Uhr

- 10 -

Zu Frage 8c:

Die konkrete Begutachtungsfrist wird immer vom jeweiligen Ressort vorgegeben und das Ende der Begutachtungsfrist beim jeweiligen Ministerialentwurf auf der Website des Parlaments veröffentlicht.

Für die in der Beantwortung zur Frage 8a genannten Ministerialentwürfe war der jeweilige Zeitpunkt, bis zu dem eine Stellungnahme möglich war, wie folgt:

88/ME: 04.01.2021 23:59 Uhr

98/ME: 09.03.2021 23:59 Uhr

122/ME: 19.05.2021 23:59 Uhr

164/ME: 10.1.2022 23:59 Uhr

245/ME: 02.03.2023 23:59 Uhr

Zu Frage 8d:

Der Parlamentsdirektion liegen keine – über die teilweise in den parlamentarischen Materialien enthaltenen Angaben hinausgehenden – Informationen aus den Ressorts vor, ob und in welchem Umfang Stellungnahmen inhaltlich berücksichtigt wurden bzw. werden.

Zu Frage 8e:

§ 23b GOG-NR regelt die Möglichkeit der Abgabe bzw. Einbringung und die Veröffentlichung von Stellungnahmen, legt jedoch in keiner Weise fest, welche Auswirkungen diese auf das weitere Verfahren haben.

Die Kanzlei des Nationalrates erstellt über jedes abgeschlossene vorparlamentarische Begutachtungsverfahren einen Report, in welchem dem zuständigen Ressort die zu einem Ministerialentwurf eingebrachten – inklusive der nicht zur Veröffentlichung freigegebenen – Stellungnahmen gesammelt übermittelt werden.

Zu Frage 9, 9a und 9b:

Es gibt derzeit mangels personeller Ressourcen und technischer Lösungen keine formalisierte Evaluierung bzw. Auswertung über die Berücksichtigung von Stellungnahmen im Gesetzgebungsprozess bzw. bei Petitionen und Bürgerinitiativen. Es gibt seit längerer Zeit Überlegungen betreffend eine automations- bzw. KI-unterstützte Auswertung von Stellungnahmen. Diese können jedoch nur bei einer entsprechenden budgetären Deckung weiterverfolgt werden.

Zu Frage 10:

Im Zeitraum 2019 bis 2025 langten insgesamt 508.863 Stellungnahmen von Privatpersonen ein.<sup>5</sup>

<b>Jahr</b>	<b>Anzahl der Stellungnahmen von Privatpersonen</b>
2019	202
2020	15.274
2021	204.639
2022	250.357
2023	30.052
2024	7.527
2025	812

Zu Frage 11:

Die Teilnahme an Beteiligungsverfahren war – trotz zeitweise eingeschränkter öffentlicher Lebens – durch die barrierefreie Abwicklung des Begutachtungsverfahrens über die Website des Parlaments gewährleistet.

Da Begutachtungsfristen zu Ministerialentwürfen allein durch das jeweils zuständige Ressort festgelegt werden, ist nicht bekannt, ob pandemiebedingt verlängerte Fristen

---

<sup>5</sup> Diese Zahlen beruhen auf der Angabe der Stellungnehmenden selbst, welche die Auswahl „Privatperson“ getroffen haben. Für das Jahr 2025 ist der Abfragestichtag der 1.7.2025.

- 12 -

gewählt worden sind. Vereinzelt kommt es durch das zuständige Ressort zur Verlängerung von Begutachtungsfristen; diese werden der Parlamentsdirektion jedoch lediglich ohne Nennung eines konkreten Grundes weitergegeben.

Zu Frage 12 und 12a:

Grundsätzlich wurden keine technischen oder rechtlichen Hürden für die Einbringung von Stellungnahmen während der COVID-19-Pandemie festgestellt.

Lediglich im Jänner 2021 kam es im vorparlamentarischen Begutachtungsverfahren zum Ministerialentwurf betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden (88/ME, XXVII. GP) zu technischen Problemen.

Zu den unmittelbar eingeleiteten Maßnahmen, die zur Behebung der Störung durchgeführt wurden, siehe die Anfragebeantwortung 32/ABPR, XXVII. GP zu der Schriftlichen Anfrage an den Präsidenten des Nationalrates 33/JPR, XXVII. GP.

Dr. Walter Rosenkranz

 15/ABPR	<b>Unterzeichner</b> XXVIII. GP – Anfragebeantwortung <b>Datum/Zeit-UTC</b>	Parlamentsdirektion Anfragebeantwortung 2025-07-02T14:20:04+02:00
<b>Prüfinformation</b>	Dieses Dokument wurde elektronisch besiegelt. Informationen zur Prüfung des elektronischen Siegels und des Ausdrucks finden Sie unter: <a href="https://www.parlament.gv.at/siegel">https://www.parlament.gv.at/siegel</a>	